

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Überblick über politische Fragen und Entwicklungen	2
II. Generalsekretär	2
III. Ministerkomitee	2
1. Vorsitze und Themen	2
2. Haushalt	3
IV. Parlamentarische Versammlung	3
V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)	4
VI. Kongress der Gemeinden und Regionen	6
VII. Aus den einzelnen Aufgabengebieten des Europarats	6
1. Menschenrechtsfragen	6
2. Korruptionsbekämpfung	7
3. Rechtliche Zusammenarbeit	7
4. Sozial- und Gesundheitspolitik	8
5. Kommunal- und Regionalpolitik	9
6. Sport (Anti-Doping sowie Sport und Gewalt)	9
7. Jugend (CDEJ und CMJ)	10
8. Bildung und Kultur	10
Anlage	12

I. Überblick über politische Fragen und Entwicklungen

Eine neue Dynamik erfasste den Europarat im ersten Halbjahr 2010: Nicht-EU-Mitglieder stellten das Führungstrio Generalsekretär (Thorbjørn Jagland/Norwegen), Vorsitz im Ministerkomitee (Außenministerin Micheline Calmy-Rey/Schweiz, ab Mai: Außenminister Antonio Milošoski/Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) und Vorsitz der Parlamentarischen Versammlung (Mevlüt Çavuşoğlu/Türkei). Der erstmalige Vorsitz in der Parlamentarischen Versammlung seit dem türkischen Beitritt zum Europarat 1949 wurde in der Türkei als Erfolg der türkischen europapolitischen Ambitionen gewertet.

Die Schwerpunkte des sechsmonatigen schweizerischen Ministerkomitee-Vorsitzes (November 2009 bis Mai 2010) waren die Stärkung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und die Reform des Europarats mit Blick auf dessen Kernkompetenzen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat. Bei der Konferenz in Interlaken (18./19. Februar 2010) wurde auf Ministerebene eine Erklärung im Konsens angenommen. Sie setzt verbindliche Maßstäbe für die nachhaltige Stärkung des EGMR durch konkrete kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen in einem Aktionsplan mit klaren Zeitvorgaben und durch ein robustes intergouvernementales Implementierungsgremium. Russland hinterlegte am Rande der Konferenz seine Ratifizierungsurkunde zum Zusatzprotokoll 14 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), das somit am 1. Juni 2010 in Kraft treten konnte. Die durch den Vertrag von Lissabon und Protokoll 14 eröffnete Perspektive des Beitritts der Europäischen Union (EU) zur EMRK und damit zu dessen Implementierungsmechanismus einschließlich des EGMR wird die Autorität des EGMR zusätzlich stärken und dessen Rolle als für alle Bürger offenes und für alle europäischen Staaten verbindlich entscheidendes Menschenrechtsorgan auf Dauer sichern helfen.

Die Schaffung eines einheitlichen gesamteuropäischen Rechtsraums im Bereich der Menschenrechte und Demokratie ist auch ein wichtiges Ziel der umfassenden Reform des Europarats, die Generalsekretär (GS) Jagland seit seinem Amtsantritt im Oktober 2009 konsequent voranbringt. Hauptziel der Reformmaßnahmen ist es, die politische Relevanz und Sichtbarkeit des Europarats zu verbessern und sein eigenständiges Profil im Kontext der internationalen Akteure in Europa zu schärfen. Die Maßnahmen reichen von Umstrukturierungen im Sekretariat und in der Außenvertretung der Organisation, Neukonzipierung der Haushalts- und Projektplanung, Eindämmung der Personalkosten bis zur Fokussierung der Projektarbeit auf die Kernkompetenzen des Europarats. Das Ministerkomitee des Europarats würdigte am 11. Mai 2010 in Straßburg die Reformagenda des GS ebenso wie die Reform des EGMR und die Perspektive des EU-Beitritts zur EMRK.

Der Menschenrechtskommissar des Europarats, Thomas Hammarberg (Schweden), setzte sein Engagement zur Verbesserung der Menschenrechtssituation in Europa fort. Im georgisch-russischen Konfliktgebiet blieb er der einzige

internationale Akteur mit freiem Zugang zu allen Regionen und allen Verantwortungsträgern. Sein „Sechspunkte-Programm“ zum dringendsten Handlungsbedarf zugunsten der Zivilbevölkerung – Flüchtlingsrückkehr, Vermisste/Kriegsgefangene, Minenräumung, humanitäre Hilfe, Kriminalitätsbekämpfung – blieb weiterhin Richtschnur seiner Aktivitäten.

Neue politische Initiativen zum Georgien-Russland-Konflikt gab es im Berichtszeitraum nicht. Die im Februar 2009 beschlossene turnusgemäße Berichterstattung fokussierte GS Jagland strikt auf die den Europarat betreffenden Aspekte.

II. Generalsekretär

GS Jagland hatte bereits kurz nach seiner Amtseinführung am 1. Oktober 2009 durch Besuche in Brüssel und Moskau sichtbare Zeichen für sein Ziel gesetzt, den Europarat als älteste gesamteuropäische Staatenorganisation politisch relevanter auszurichten und ihm eine aktivere Rolle in der Architektur der europäischen Institutionen zu verschaffen. Bei seinem Antrittsbesuch in Berlin am 19. Januar 2010 sicherte ihm Bundesaußenminister Westerwelle volle Unterstützung für sein Bestreben zu, den Europarat in einer umfassenden Reform auf die Kernkompetenzen Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat zu konzentrieren. Der Europarat müsse hierzu „fokussierter, flexibler und wettbewerbsbewusster“ agieren und Synergien mit anderen internationalen Akteuren, insbesondere EU und OSZE, nutzen. Auch Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Chef des Bundeskanzleramts Bundesminister Roland Pofalla und der Leiter der deutschen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, MdB Joachim Hörster, versicherten Jagland der vollen Unterstützung Deutschlands.

GS Jagland verfolgt seine umfassende Reformagenda, die über die gesamte fünfjährige Amtszeit angelegt ist, konsequent und mit klarem Blick für das Machbare, gestützt auf ein kompetentes Team. Dank der von ihm eingeführten Kultur umfassender Konsultationen mit allen Mitgliedstaaten sowie Rückkopplung mit erfahrenen Sekretariatsmitarbeitern konnte er breite Akzeptanz für seine teilweise gravierenden Neuerungen sichern.

Im Juni vermittelte Jagland zwischen den Streitparteien des langwierigen Verfassungskonflikts in der Republik Moldau. Ende Juni besuchte er Tiflis und informierte sich über die aktuelle Lage im Georgien-Russland-Konflikt.

III. Ministerkomitee

1. Vorsitze und Themen

a) Vom 18. November 2009 bis zum 11. Mai 2010 hatte die Schweiz den Vorsitz im Ministerkomitee inne.

Prioritäten des schweizerischen Vorsitzes waren

- Garantie der Menschenrechte und des Rechtsstaats
- Stärkung demokratischer Institutionen sowie
- Stärkung der Transparenz und Effizienz des Europarats.

Damit bekannte sich die Schweiz zur strikten Fokussierung auf die Kernkompetenzen der Organisation sowie auf deren überfällige umfassende Reform. Sie lag damit auf derselben Linie wie GS Jagland, der mit Gérard Stoudmann einen profilierten schweizerischen Diplomaten zu seinem Sonderberater für die Reform bestellte.

Neben der erfolgreichen „Interlaken-Konferenz“ zur nachhaltigen Reform des EGMR organisierte die Schweiz vom 3. bis 4. Mai 2010 in St. Gallen eine Konferenz zu „Demokratie und Dezentralisierung“. Politisch engagierte sich Außenministerin Calmy-Rey insbesondere gegenüber Bosnien-Herzegowina, wo sie sich bei einem Besuch Ende April für die Umsetzung des EGMR-Urteils zur verfassungsrechtlichen Gleichstellung nationaler Minderheiten („Sejdić and Finci“-Fall) einsetzte. Gegenüber der Republik Belarus erneuerte sie – angesichts zweier Hinrichtungen – die Forderung des Europarats nach Abschaffung der Todesstrafe.

b) Bei der jährlichen Ministerkonferenz am 11. Mai 2010 übernahm die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien den sechsmonatigen Vorsitz mit den erklärten Prioritäten

- Stärkung der Menschenrechte
- Verbesserung der Integration unter Respektierung der Vielfalt sowie
- Teilhabe der Jugend.

In diese Vorsitzzeit fiel das Inkrafttreten des Protokolls 14 zur EMRK am 1. Juni 2010. Politisch war der Vorsitz für die Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien bedeutsam, weil das Land erstmals eine herausragende Funktion im internationalen Rahmen bekleidete. Ursprüngliche Befürchtungen, der mazedonisch-griechische Namensstreit könne die Vorsitzarbeit belasten, bewahrheiteten sich Dank der Zurückhaltung beider Seiten nicht.

Als Erfolg wurde die fünfte „Sommeruniversität für Demokratie“ Ende Juni gesehen. Sie vereinte etwa 600 Teilnehmer aus den 15 vom Europarat und der Europäischen Kommission unterstützten Schulen für Politische Studien in Osteuropa, Südosteuropa und in der Kaukasus-Region zum Thema „Globale Herausforderungen der Demokratie“.

2. Haushalt

Der am 25. November 2009 beschlossene Haushalt für das Jahr 2010 beläuft sich auf 211,03 Mio. Euro (Kernhaushalt, ohne Teilabkommen), basierend auf dem Grundsatz des realen Nullwachstums des Beitrags der 47 Mitgliedstaaten. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahreshaushalt (205 Mio. Euro) hält sich mit 2,9 Prozent im Rahmen der maßgeblichen Inflationsrate. Der deutsche Anteil am Kernhaushalt beträgt knapp 11,8 Prozent bzw. 24,9 Mio. Euro, im Vorjahr belief er sich auf 24,43 Mio. Euro. Zusätzlich leistet Deutschland knapp 10 Mio. Euro im Rahmen von Teilabkommen des Europarats (Venedig-Kommission, Entwicklungsbank des Europarats (CEB), Pharmacopée, Pompidougruppe, Kor-

ruptionsbekämpfung (GRECO), Eurimages, Sprachzentrum Graz, Nord-Stüd Zentrum, Audiovisuelle Informationsstelle sowie zum Jugendfonds und zum Pensionsfonds).

Auf Vorschlag von GS Jagland wurden lineare Einsparungen um 2,5 Prozent in den Verwaltungshaushalten des Sekretariats, des Kongresses der Gemeinden und Regionen, der Parlamentarischen Versammlung, des EGMR sowie des Menschenrechtskommissars beschlossen, um das von fast allen Mitgliedstaaten verfolgte Ziel des realen Nullwachstums zu erreichen.

IV. Parlamentarische Versammlung

Im Berichtszeitraum tagte die Parlamentarische Versammlung (PV) in drei Sitzungswochen:

Wintersitzung, 25. bis 29. Januar 2010

Erstmals wurde mit Mevlüt Çavuşoğlu ein türkischer Abgeordneter zum Präsidenten der PV gewählt.

Aufgrund des durch die Bundestagswahlen bedingten personellen Wechsels in der deutschen Delegation waren am ersten Tag der Sitzung 30 Bundestagsabgeordnete (Delegationsmitglieder der 16. und 17. Wahlperiode) anwesend. Die neue deutsche Delegation in der PV wurde am 25. Januar 2010 akkreditiert. Ihr gehören 18 Abgeordnete an (7 CDU/CSU, 4 SPD, 3 FDP, 2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE, 2 DIE LINKE). Sie wird wie bisher geleitet von MdB Hörster (CDU/CSU). Neuer Stellvertretender Delegationsleiter ist MdB Christoph Strässer (SPD). MdB Holger Haibach (CDU/CSU) wurde als einziger Abgeordneter Deutschlands zum Leiter einer der 10 PV-Ausschüsse gewählt.

In den politischen Debatten wurden u. a. folgende Themen erörtert:

- die Lage religiöser Minderheiten in der Türkei und Griechenland. Die PV forderte beide Länder auf, bis Anfang 2011 über konkrete Schritte zur Verbesserung der Lage ihrer jeweiligen religiösen Minderheiten Bericht zu erstatten.
- das Funktionieren demokratischer Institutionen in Bosnien-Herzegowina mit der Aufforderung, das EGMR-Urteil zur verfassungsrechtlichen Gleichbehandlung nationaler Minderheiten umzusetzen.
- die Lage in Haiti nach dem Erdbeben mit der Forderung nach schneller humanitärer Hilfe.

Besondere mediale Aufmerksamkeit erregte die Befassung der PV mit dem Thema Transparenz im Umgang mit der „H1N1-Pandemie“ in Form einer öffentlichen Anhörung, die maßgeblich vom ehem. MdB Wodarg angeregt worden war, und in deren Verlauf der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Pharmaindustrie schwere Versäumnisse und Interessenskonflikte vorgeworfen wurden.

Frühjahrsitzung, 26. bis 30. April 2010

Ein herausragendes Ereignis war eine Dringlichkeitsdebatte zu Belarus, bei der eine Entschließung verab-

schiedet wurde. In Reaktion auf eine Verschlechterung der politischen Lage in Belarus und neue Hinrichtungen beschloss die PV darin ein Einfrieren hochrangiger Kontakte mit Parlament und Regierung in Belarus.

Nach über zweijähriger kontroverser Behandlung verabschiedete die PV auch eine wegweisende Entschließung und Empfehlung zu Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität. Es handelt sich dabei um den umfassendsten politischen Forderungskatalog, den der Europarat zu Homosexuellenfragen bisher verabschiedet hat, allerdings unter Verzicht auf eine Aufforderung zu weitergehenden Adoptionsrechten für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT).

Sommersitzung, 21. bis 25. Juni 2010

Für Deutschland wichtigstes Ergebnis war die Wahl von Prof. Dr. Angelika Nussberger zur deutschen Richterin am EGMR. Ihre neunjährige Amtszeit begann am 1. Januar 2011.

In der Aussprache zu „Rechtsbehelfen gegen Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus“ wurde erstmals eine Resolution zur Lage in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan ohne Gegenstimmen und damit ohne Widerstand Russlands angenommen. In der Resolution wird Russland aufgefordert, Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien bei der Terrorismusbekämpfung zu beachten und Urteile des EGMR vollständig umzusetzen.

Die PV forderte zudem ein stärkeres Engagement des Europarats in der Republik Kosovo, um Verbesserungen bei Menschenrechten, Rechtsstaat und Demokratie zu erreichen. Auch wenn die Statusfrage Kosovos im Europarat zunächst ausgeklammert bleibt, beschloss die PV, einen Dialog mit den gewählten Vertretern der politischen Kräfte in Kosovo aufzunehmen. Auch dem Sekretariat des Europarats wird nahegelegt, Kontakte mit Kosovo auf allen Ebenen zu suchen. Damit setzt sich ein Trend zur stärkeren Einbeziehung Kosovos fort.

In einer Debatte zu „Islam, Islamismus und Islamophobie“ sprach sich die PV gegen ein generelles Verbot des Tragens von Burka, Niqab oder anderer religiöser Kleidungsstücke aus. Zugleich wurde gefordert, dass auch kein Zwang von Volksgruppen oder Familien auf Frauen zum Tragen entsprechender Attribute ausgeübt werden dürfe. Die Schweiz wurde aufgerufen, das durch Volksabstimmung beschlossene Verbot der Errichtung von Minaretten zu widerrufen. Der als Ehrengast geladene Hochrangige Vertreter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Allianz der Zivilisationen (AoC), Jorge Sampaio, sprach sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen AoC und dem Europarat aus.

In Fortsetzung der in der Wintersitzung begonnenen Debatte zum „Umgang mit der H1N1-Pandemie: mehr Transparenzbedarf“ kritisierte die PV nahezu einhellig die Politik der WHO, europäischer und nationaler Gesundheitsbehörden bei der Bekämpfung der Schweinegrippe. Beeinflusst von Beratern aus der Pharmaindustrie habe

die WHO ungerechtfertigterweise die Schweinegrippe als Pandemie klassifiziert und damit eine gigantische Mittelverschwendung herbeigeführt.

MdB Marlene Rupperecht (SPD) wurde zur Berichterstatterin für das Thema „Kindesmisshandlung in Einrichtungen: Sicherstellung eines umfassenden Opferschutzes“ gewählt. Hierzu fand am 22. Juni 2010 eine PV-Anhörung statt, an der als Expertin die Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Bundesministerin a. D. Dr. Christine Bergmann, teilnahm.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Konferenz von Interlaken

Wichtigstes Ereignis im Berichtszeitraum war die Konferenz der Justizminister zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in Europa vom 18. bis 19. Februar 2010. Sie wurde von fast allen Mitgliedstaaten des Europarats auf Ministerebene wahrgenommen, für Deutschland nahm Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger teil. Die Konferenz verständigte sich auf ein Abschlussdokument und einen Aktionsplan, der primär die Entlastung des EGMR zum Ziel hat, aber in einigen Punkten – etwa der Umsetzung von EGMR-Urteilen oder in der stärkeren Betonung nationaler Verantwortung bei der Einhaltung der Menschenrechte – auch über die mittelfristigen Ziele hinausweist. Die vorgesehenen Maßnahmen richten sich an die Mitgliedstaaten selbst, aber auch an die wesentlichen Akteure des Europarats: GS, PV, Ministerkomitee und den EGMR. Das Ministerkomitee hat den Lenkungsausschuss Menschenrechte (CDDH) – unter Vorsitz von Frau Dr. Almut Wittling-Vogel (BMJ) – mit der Umsetzung beauftragt. Ziel ist es, Maßnahmen, die sich innerhalb des bestehenden Regelwerks umsetzen lassen, bis Ende 2011 zu vereinbaren. Maßnahmen, die eine Änderung der EMRK erfordern, sollen bis 2012 verabschiedet werden.

Zum Konferenzauftritt hatte Russland nach mehreren Jahren des Zögerns die Ratifizierung von Zusatzprotokoll 14 zur EMRK medienwirksam vollzogen. Die im Zusatzprotokoll vorgesehenen vereinfachten Prozeduren zur Verfahrensbeschleunigung vor dem EGMR können somit seit 1. Juni 2010 für alle Mitgliedstaaten Anwendung finden.

EU-Beitritt zur EMRK

Zusatzprotokoll 14 schafft auch die rechtliche Grundlage auf Seiten des Europarats zum Beitritt der EU zur EMRK. Die EU-Mitgliedstaaten verständigten sich auf ein Verhandlungsmandat für die Europäische Kommission. Der Europarat beauftragte den CDDH mit der Verhandlungsführung, so dass erste Textverhandlungen bereits am 7. Juli 2010 beginnen konnten. Politisch unterstrichen wurde die Bedeutung dieses Verhandlungsbeginns durch eine Rede von EU-Justizkommissarin Viviane Reding vor dem Ministerkomitee.

Wahl der deutschen Richterin für den EGMR

Am 22. Juni 2010 wählte die PV aus einer von der Bundesregierung vorgelegten Liste von drei Kandidaten die Völkerrechtsprofessorin der Universität Köln und Direktorin des Instituts für Osteuroparecht Angelika Nussberger zur Richterin für Deutschland beim EGMR. Mit 113 von 210 abgegebenen Stimmen erreichte Frau Nussberger bereits im ersten Wahlgang die notwendige absolute Mehrheit. Vorausgegangen war ein Auswahlverfahren in Deutschland, bei dem die Stelle erstmals öffentlich ausgeschrieben worden war.

Urteile gegen Deutschland

M. (Nr. 19359/04)

Nachdem der Antrag der Bundesregierung auf Verweisung der Sache an die Große Kammer am 10. Mai 2010 vom Gerichtshof überraschend abgelehnt wurde, ist das einstimmige Urteil der Kammer vom 17. Dezember 2009 rechtskräftig geworden. In dem Urteil befand der EGMR, dass die nachträgliche Verlängerung der Sicherungsverwahrung eines Straftäters über die zur Tatzeit zulässige Höchstdauer von 10 Jahren hinaus das Recht auf Freiheit (Artikel 5 EMRK) verletze und gegen den Grundsatz „keine Strafe ohne Gesetz“ (Artikel 7 EMRK) verstoße.

Dies betrifft Straftäter, die ihre Taten vor der Änderung des Strafgesetzbuches 1998 – Aufhebung der Höchstfrist von 10 Jahren – begangen haben. Seither wird Sicherungsverwahrung nicht mehr zeitlich befristet verhängt. Der EGMR betonte in seinem Urteil, dass die Anordnung der Sicherungsverwahrung eine freiheitsentziehende Strafe darstelle, die zum einen nur bei Vorliegen eines ausreichenden Kausalzusammenhangs zwischen Verurteilung und Unterbringung in der Sicherungsverwahrung gerechtfertigt sei und zum anderen dem Rückwirkungsverbot unterliege.

Vom Urteil des EGMR sind mehr als 100 weitere vergleichbare Fälle betroffen. Das Urteil hat verstärkte Aufmerksamkeit erhalten, da die befürchtete Freilassung von „Schwerstverbrechern“ auf wenig Verständnis in der deutschen Öffentlichkeit stößt.

G. (Nr. 22978/05)

In einer mit Spannung erwarteten Entscheidung zum Folterverbot befand die Große Kammer des EGMR am 1. Juni 2010, dass die Gewaltandrohung gegen den mutmaßlichen Kindesentführer G. durch die Polizei im Verhör eine konventionswidrige unmenschliche Behandlung darstelle (Artikel 3 EMRK), aber keine Auswirkung auf die Fairness des Strafverfahrens (Artikel 6 EMRK) hatte.

Der Beschwerdeführer klagte, dass er von der Polizei durch Androhung von Misshandlungen gezwungen worden sei, den Aufenthaltsort von J., dem jüngsten Sohn einer bekannten Bankiersfamilie aus Frankfurt am Main, preiszugeben, und dass das anschließend gegen ihn geführte Strafverfahren nicht fair gewesen sei.

Der Gerichtshof befand, dass die unmittelbaren Drohungen gegen den Beschwerdeführer im vorliegenden Fall mit der Absicht, Informationen zu erpressen, schwerwiegend genug waren, um als unmenschliche Behandlung im Sinne von Artikel 3 EMRK zu gelten, wertete sie aber nicht als Folter. Der Gerichtshof war überzeugt, dass die deutschen Gerichte, sowohl im Strafverfahren gegen den Beschwerdeführer als auch in demjenigen gegen die Polizeibeamten, ausdrücklich und eindeutig anerkannt hatten, dass die Behandlung des Beschwerdeführers bei seinem Verhör gegen Artikel 3 EMRK verstoßen hatte.

Er stellte jedoch fest, dass die der Nötigung im Amt bzw. Verleitung eines Untergebenen zur Nötigung im Amt für schuldig befundenen Polizeibeamten nur zu sehr geringen Geldstrafen auf Bewährung verurteilt worden waren. Er erwog, dass die Bestrafung der Polizeibeamten nicht den notwendigen Abschreckungseffekt hatte, um vergleichbaren Konventionsverletzungen vorzubeugen. Zudem gab die Tatsache, dass einer der Beamten später zum Leiter einer Dienststelle ernannt worden war, Anlass zu grundlegenden Zweifeln, ob die Behörden angemessen auf den Ernst der Lage angesichts einer Verletzung von Artikel 3 EMRK reagiert hatten.

Angesichts der Dauer des noch immer anhängigen Amtshaftungsverfahrens und den damit verbundenen Zweifeln an der Effizienz des Amtshaftungsverfahrens war der Gerichtshof der Auffassung, dass die deutschen Behörden dem Beschwerdeführer keine ausreichende Abhilfe für seine konventionswidrige Behandlung gewährt hatten.

B. (Nr. 22051/07)

Die Klage eines Beamten, der acht Jahre lang auf Erstattung von 7,99 Euro für Magnesiumtabletten geklagt hatte, wurde vom EGMR wegen „Missbrauchs des Beschwerderechts“ zurückgewiesen. Nach Durchlaufen des gesamten deutschen Instanzenweges war der Beamte wegen angeblich überlanger Verfahrensdauer nach Straßburg gezogen.

Die Straßburger Richter begründeten den Missbrauchsvorwurf unter anderem damit, dass es sich bei den Tabletten für 7,99 Euro nicht um ein Medikament sondern um ein Nahrungsergänzungsmittel handelte und der Beamte damals über ein Einkommen von mehr als 4 500 Euro im Monat verfügt habe und in geordneten finanziellen Verhältnissen lebte. Die Klage sei damit unzulässig, entschieden die sieben Richter einstimmig.

Zudem sei der Gerichtshof mit einer großen Zahl von „schwerwiegenden“ Menschenrechtsproblemen beschäftigt. Bagatellverfahren wie in diesem Fall seien mit ein Grund für die Überlastung des Gerichts und für überlange Verfahren.

Ausgewählte Verfahren gegen Drittstaaten

Al-S. und M. gegen das Vereinigte Königreich

Am 2. März 2010 entschied der EGMR in einem Kammerurteil, dass die Überstellung zweier in einem britischen Militärgefängnis im Irak inhaftierter irakischer

Strafverdächtiger an die irakischen Behörden gegen die EMRK verstieß. Der EGMR stellte eine Verletzung von Artikel 3 (Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung), Artikel 13 (Recht auf eine wirksame Beschwerde) und Artikel 34 (Recht auf Individualbeschwerde) der EMRK fest.

S.H. u. a. gegen Österreich

Der EGMR hielt am 1. April 2010 Eizell- und Spermiaspenden auch bei künstlichen Befruchtungen im Labor (In-Vitro-Fertilisation) für zulässig, wenn der betroffene Mitgliedstaat ansonsten die künstliche Befruchtung zulasse. Das Gericht sah in der österreichischen Praxis eine Verletzung des Diskriminierungsverbots (Artikel 14 EMRK) und des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens (Artikel 8 EMRK).

Zwei Paare hatten vor dem EGMR gegen das österreichische Verbot von Sperma- und Eizellspenden bei der In-Vitro-Fertilisation geklagt, weil sie sich angesichts der in Österreich zugelassenen Befruchtung mit gespendeten Spermien in der Gebärmutter hinsichtlich der Erfüllung ihres Kinderwunsches diskriminiert sahen.

Im Licht dieser Entscheidung ist auch der deutsche Gesetzgeber aufgerufen, das Verbot der Eizellspende bei gleichzeitiger Zulassung von Samenspenden im Embryonenschutzgesetz zu überdenken. Zur Vermeidung von Diskriminierungen muss der Gesetzgeber sich entscheiden, ob er die künstliche Befruchtung insgesamt zulassen oder verbieten will.

D. et al. gegen Türkei

Der EGMR hat am 5. März 2010 die Klagen von insgesamt 17 Zyprioten wegen Enteignung in der Folge der nordzyprischen Besetzung durch das türkische Militär von 1974 abgewiesen. Die Entscheidung sieht vor, dass die Kläger sich zuerst an die 2005 eingerichtete Kontrollkommission für unbewegliche Güter (IPC) wenden und ihre Ansprüche dort geltend machen. Die IPC wurde durch die nordzyprischen Behörden eingerichtet und durch den EGMR mit der Entscheidung faktisch anerkannt. Im Süden der Insel wurde bisher keine vergleichbare gerichtliche Instanz zur Behandlung von Eigentumsrechten geschaffen.

Das Gericht wies die Beschwerden der Kläger zurück, wonach eine Parteilichkeit in den Entscheidungen des IPC gegeben ist und Schadenersatzsummen zu niedrig angesetzt werden. Der EGMR erachtete die Summen als angemessen und überaus neutral bewertet und bescheinigte, dass im Rahmen des Übereinkommens über Eigentumsfragen die IPC bisher über Eigentumsrechte nach internationalen Rechtsmaßstäben entschieden hat.

B., Ö. und Ö. et al. gegen Türkei

Der EGMR verurteilte am 20. April 2010 die Türkei sowohl im Fall „B. und Ö.“ als auch im Fall „Ö. u. a.“ wegen exzessiver Gewaltanwendung bei Polizei- bzw. Militäreinsätzen, die drei Todesfälle zur Folge hatte. Das

Gericht sah in dem türkischen Vorgehen eine Verletzung des Rechts auf Leben (Artikel 2 EMRK) und im zweiten Fall zusätzlich eine Verletzung des Verbots von unmenschlicher und menschenunwürdiger Behandlung (Artikel 3 EMRK).

Im ersten Fall wurden zwei junge türkische Männer bei einer Polizeirazzia gegen mutmaßliche Terroristen in ihrem Häuserblock getötet. In dem anderen Fall wurde der Tatverdächtige bei einem Festnahmeversuch in seiner Wohnung durch die Polizei zunächst heftig geschlagen und getreten sowie dann durch Genickschuss getötet. Unter Berufung auf Artikel 2 EMRK reklamierten die Hinterbliebenen der Opfer, dass die Gewaltanwendung nicht notwendig gewesen sei und die darauffolgenden Untersuchungen hinsichtlich der Todesfälle ineffektiv gewesen seien. Im zweiten Fall machten die Antragsteller zusätzlich eine Misshandlung ihres Verwandten vor dessen Tod unter Berufung auf Artikel 3 EMRK geltend.

VI. Kongress der Gemeinden und Regionen

Der Kongress der Gemeinden und Regionen (KGRE) als beratendes Organ des Europarats wählte in seiner 18. Plenartagung vom 17. bis 19. März 2010 den Österreicher Andreas Kiefer zu seinem Generalsekretär als Nachfolger des im Oktober 2009 in den Ruhestand getretenen Deutschen Ulrich Bohner. Zu den debattierten Themen zählten:

- Menschenrechte auf kommunaler Ebene mit einer Rede des Oberbürgermeisters von Weimar, Stefan Wolf
- Direkte Demokratie in der Schweiz: Berichterstatterin Marjan Haak-Griffioen (NLD)
- Minderheitensprachen: Berichterstatter MP Karl-Heinz-Lambertz (BEL/Eupen-Malmedy).

Darüber hinaus wurde eine breite Palette von Themen wie Klimawandel, weltweite Finanzkrise, Minderheitenfragen und Diskriminierung behandelt.

VII. Aus den einzelnen Aufgabengebieten des Europarats

1. Menschenrechtsfragen

a) Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)

Die Kommission setzte ihre Aufgabe fort, die Wirksamkeit der bereits ergriffenen gesetzgeberischen, politischen und anderen Maßnahmen der Mitgliedstaaten des Europarats zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz zu prüfen und zu bewerten. Da sich das Phänomen des Rassismus in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich äußert, untersuchte die Kommission im Rahmen ihres länderspezifischen Ansatzes die einzelnen Mitgliedstaaten durch Kleingruppen (Country-by-Country-Arbeit). Im ersten Halbjahr 2010 wurde die vierte Berichtsrunde, die 2012 endet, mit Besuchen in Bosnien-Herzegowina, Spanien, Armenien und Monaco fortgesetzt.

Am 12. Mai 2010 fand in Berlin in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte ein Runder Tisch statt. Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Markus Löning, eröffnete die Veranstaltung, bei der die Ergebnisse des vierten ECRI-Berichts über Deutschland (2009) erörtert wurden.

b) Antifolterausschuss (CPT)

Der nach dem Europäischen Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe errichtete Ausschuss hat im Berichtszeitraum einer Vielzahl von Mitgliedstaaten periodische und auch Ad-hoc-Besuche abgestattet, um die Behandlung von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, zu überprüfen und darüber dem CPT Bericht zu erstatten.

c) Expertengruppe Entwicklung der Menschenrechte (DH-DEV)

Im November 2009 betraute der CDDH die Expertenarbeitsgruppe DH-DEV damit, eine Überarbeitung des Handbuchs „Menschenrechte und Umwelt“ zu prüfen. In ihrer 40. Sitzung vom 26. bis 28. April 2010 verständigte sich die DH-DEV darauf, dass sowohl die aktuelle Rechtsprechung des EGMR zu diesem Thema als auch Entscheidungen des Europäischen Ausschusses für soziale Rechte eine Überarbeitung des Handbuchs erforderlich machen. Das Sekretariat wurde beauftragt, eine überarbeitete Version des Handbuchs vorzubereiten.

d) Expertengruppe Schutz vor Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (DH-LGBT)

Am 31. März 2010 verabschiedete das Ministerkomitee des Europarats die von der Arbeitsgruppe DH-LGBT ausgearbeitete „Empfehlung an die Mitgliedstaaten zur Bekämpfung von Diskriminierung wegen sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität“ und nahm den erläuternden Bericht zur Kenntnis. Damit wurde erstmals zwischen Staaten ein politisch verbindliches Dokument zur Nichtdiskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern (LGBT) im Konsens verabschiedet. Es steht ein zwischenstaatliches Rechtsinstrument zur Verfügung, welches konkrete Maßnahmen zur „Nicht-Diskriminierung von LGBT“ auflistet, deren Umsetzung vom Ministerkomitee überwacht werden soll. Eine mittelbare Bindungswirkung wird die Empfehlung dadurch entfalten, dass die in ihr aufgeführten Standards bei den Überprüfungen der Umsetzung von Europarats-Übereinkommen künftig als Grundlage herangezogen werden. Hierzu zählen neben den Urteilen des EGMR auch die Umsetzungsberichte im Rahmen des Europäischen Übereinkommens zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, der Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten und ECRI. Der Umsetzungsbericht ist von den Mitgliedstaaten drei Jahre nach der Annahme vorzulegen.

e) Datenschutz

Der Beratende Ausschuss nach Artikel 18 des Europarats-Übereinkommens zum „Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten“ (T-PD) hat im Juni 2010 den Entwurf einer „Empfehlung des Europarats zum Schutz personenbezogener Daten bei Profiling-Anwendungen“ angenommen. Die Ministerbeauftragten forderten auf ihrer Sitzung am 10. März 2010 den T-PD auf, die Arbeit am Entwurf eines Zusatzprotokolls zum Übereinkommen zu beginnen.

f) Minderheitenrechte

Der Expertenausschuss des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten (DH-MIN) befasste sich in seiner 11. Sitzung im Mai 2010 mit dem Problem der Verteilung öffentlicher Mittel auf die Minderheitenorganisationen, einschließlich Projektmittel. Grundlage für die Diskussion war eine vorangegangene Erhebung von Daten in den Mitgliedstaaten mittels eines Fragebogens. Im Ergebnis verständigten sich die Mitglieder des Expertenausschusses darauf, bis zur 12. Sitzung im Jahr 2011 einen veränderten Fragebogen nebst überarbeiteter bzw. ergänzter Beantwortung durch die Mitgliedstaaten zur weiteren Erörterung vorzulegen.

Der Expertenausschuss des Europarats für Roma betreffende Fragen (MG-S-ROM) behandelte in seiner Sitzung im März 2010 Fragen der Teilhabe von Roma am Arbeitsleben, ihrer Freizügigkeit, der Rückkehr nach Kosovo sowie von Asylersuchen von Roma.

2. Korruptionsbekämpfung

Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) hielt im März und im Juni 2010 Plenarsitzungen ab. In den Sitzungen wurden zwei Evaluierungsberichte der kombinierten ersten und zweiten Runde (Schweiz und Österreich) und vier Evaluierungsberichte der dritten Runde (Türkei, Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Griechenland und Ungarn) verabschiedet. Außerdem wurden drei Folgeberichte der kombinierten ersten und zweiten Runde (Armenien, Serbien und Türkei) sowie fünf Folgeberichte der zweiten Evaluierungsrunde (Griechenland, Irland, Zypern, Tschechische Republik und Ungarn) angenommen. Für diese Länder wurden damit die Prüfungen in der jeweiligen Evaluierungsrunde abgeschlossen.

3. Rechtliche Zusammenarbeit

a) Grenzüberschreitende Steuerhinterziehung

Am 24. März 2010 beschloss das Ministerkomitee eine Aktualisierung des Übereinkommens zur Zusammenarbeit in Steuerfragen. Damit soll die Kooperation staatlicher Stellen gegen Steuersünder erleichtert werden, um illegale Geldexporte zur Steuervermeidung ins Ausland effektiver zu bekämpfen.

b) Europäische Kommission für die Wirksamkeit der Justiz (CEPEJ)

Die Kommission hat im ersten Halbjahr 2010 keine Plenarsitzung abgehalten. Um die Arbeiten am Bericht über die Justizsysteme mit Stand 2008 abschließen zu können, wurde die Plenarsitzung kurzfristig auf September 2010 verschoben.

c) Bekämpfung der Internetkriminalität

Im März 2010 fand die Octopus-Interface-Konferenz des Europarats zum Thema Computerkriminalität statt. Im Juni 2010 tagte die fünfte Vertragsstaatenkonferenz zum Übereinkommen des Europarats über Computerkriminalität. Deutschland nahm nach der Ratifikation des Übereinkommens 2009 erstmalig als Mitglied teil. Diskutiert wurden insbesondere die Finanzierungsmöglichkeiten der Arbeit des Komitees, die Möglichkeiten des grenzüberschreitenden Zugriffs auf Daten durch Ermittlungsbehörden und die internationale Zusammenarbeit zwischen Staaten und Privatanbietern, ebenso wie die Verantwortlichkeiten von Internet-Service-Providern (ISPs). Weiterhin wurde erneut über die Möglichkeiten des Beitritts zum Übereinkommen für Nichtmitgliedstaaten des Europarats gesprochen. Mit Ablauf ihrer Amtszeit trat die bisherige Vorsitzende Betty Shave (USA) zurück und wurde durch Mikko Künnapu (Estland) ersetzt. Eine Neuwahl fand auch für das 2009 neu eingerichtete Büro der Konferenz statt, in das die Vertreterin Deutschlands wiedergewählt wurde.

d) Lenkungsausschuss Strafrecht (CDPC)

Das Ministerkomitee des Europarats verabschiedete am 20. Januar 2010 die vom CDPC erarbeitete Empfehlung über die Grundsätze der Bewährungshilfe des Europarats. Diese Grundsätze dienen als Leitfaden für die Schaffung und das reibungslose Funktionieren von Einrichtungen der Bewährungshilfe. Sie gelten auch für andere Organisationen, die von diesen Grundsätzen erfasste Aufgaben wahrnehmen, einschließlich anderer staatlicher Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und wirtschaftlich ausgerichteter Institutionen.

e) Ausschuss für Familienexperten des Europarates (CJ-FA)

Die Arbeitsgruppe „CJ-FA-GT3“, die sich mit der Erarbeitung eines neuen Rechtsinstruments zu den Rechten und dem legalen Status von Kindern und elterlichen Verpflichtungen befasst, tagte zweimal im Berichtszeitraum. Ziel der Gremienarbeit ist die Ausarbeitung einer entsprechenden Europarats-Empfehlung.

4. Sozial- und Gesundheitspolitik

a) Soziale Kohäsion

Die 23. Sitzung des Lenkungsausschusses zur Sozialen Kohäsion (CDCS) fand vom 24. bis 25. Februar 2010 in Straßburg statt. Themenschwerpunkte waren die Revision der Europastrategie für Soziale Kohäsion und die Ent-

würfe zu einer Empfehlung zur „Aktivierung von Menschen, die extreme Armut erfahren“ sowie zu einer Empfehlung zur „Verbesserung der Situation von Niedrigeinkommensbezieher“. Der Ausschuss beschloss außerdem die Implementierung einer Ad-hoc-Beratungsgruppe für die Rechte von Kindern auf soziale Leistungen, in der Indikatoren für kinderfreundliche Leistungen bestimmt werden sollen.

Im Rahmen der Arbeiten des „Expertenausschusses zur Förderung der Sozialen Mobilität“ fand ferner am 3. und 4. März 2010 ein Studienaufenthalt zweier Wissenschaftler aus England und Dänemark und einer Mitarbeiterin des Ausschusseksretariats in Berlin statt. Die Delegation führte hierbei Fachgespräche mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sowie dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Außerdem unterrichteten sich die Experten an einer Schule in Berlin-Neukölln über die Situation benachteiligter Schüler.

b) Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln (EDQM)

Arzneimittelfälschungen

Das Komitee zur Minimierung von Risiken für die öffentliche Gesundheit durch Arzneimittelfälschung (CD-P-PH/CMED) führte vom 26. bis 27. Mai 2010 seine Beratungen über Trainingsmaßnahmen von Experten zum Thema „Bekämpfung von Arzneimittelfälschungen“ fort. Eine Abfrage bei den bisherigen Trainingsteilnehmern aus den Bereichen Zoll, Polizei und Arzneimittelzulassung ergab positive Rückäußerungen. Hervorgehoben wurden hierbei u. a. die Möglichkeit zum persönlichen Austausch von Erfahrungen und Informationen, das Erlernen spezieller Vorgehensweisen im Ereignisfall und die Schärfung des Problembewusstseins.

Bluttransfusion und Plasmaprodukte

Zum Thema „Risikoverhalten mit Auswirkungen auf das Management von Blutspenden“ wurde im Februar 2010 eine Expertengruppe (TS057) unter Beteiligung der Paul Ehrlich- und Robert Koch-Institute eingesetzt. Die Interpretation der in der Richtlinie 2004/33/EG festgelegten Spenderauswahlkriterien hinsichtlich des sexuellen Risikoverhaltens wird in einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich gehandhabt. Dies hat nicht nur Implikationen für die Bluttransfusionen zur Folge, es könnten auch erhebliche Probleme bei der Ländergrenzen überschreitenden Gewinnung und Verwendung von Plasma zur Fraktionierung als Ausgangsmaterial wichtiger Arzneimittel wie Gerinnungsfaktoren oder Immunglobuline entstehen. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe bei EDQM ermöglicht es, über die EU-Mitgliedstaaten hinaus weitere europäische Länder und internationale Beobachterstaaten wie USA, Australien und Kanada in die Diskussion einzubeziehen.

Im Mai 2010 legte EDQM als Beitrag zur Blutsicherheit unter Mitwirkung deutscher Fachleute ein Programm zur Qualitätssicherung der Testung auf Marker einer Virusinfektion im Blutspendewesen auf.

c) Biomedizin

Bei der im Berichtszeitraum abgehaltenen halbjährlichen Plenartagung des Lenkungsausschusses für Bioethik (CDBI) konnten die Arbeiten an drei umfangreichen Projekten wesentlich vorangetrieben werden. Der erste Entwurf eines Grünbuchs zu Prediktivität, Gentests und Versicherungen, der von einer eigens hierfür eingerichteten Expertengruppe erarbeitet worden war, wurde den Delegierten vorgestellt. Der Vorsitzende der Expertengruppe „Biomedizinische Forschung“ (CDBI-CO-GT2) berichtete über die Ergebnisse des Konsultationsprozesses zum Entwurf eines Leitfadens für Ethik-Kommissionen im Forschungsbereich. Außerdem beschloss der CDBI die Einsetzung einer multidisziplinären Arbeitsgruppe, die die Realisierbarkeit eines internationalen verbindlichen Rechtsinstruments zur Bekämpfung des Handels mit Organen, Geweben und Zellen prüfen soll.

d) Gleichstellung

Im Berichtszeitraum fanden die vierte und fünfte Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses zur Erarbeitung eines Übereinkommens zur Verhütung und Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (CAHVIO) statt. In der vierten Sitzung vom 22. bis 24. Februar 2010 wurden die Artikel 28 bis 67 und damit der restliche Teil des Konventionsentwurfs in erster Lesung behandelt. Die fünfte Sitzung vom 29. Juni bis 2. Juli 2010 brachte nach intensiven Verhandlungen den Durchbruch in Sachen Anwendungsbereich des zukünftigen Übereinkommens. Des Weiteren wurde die erste Lesung der Präambel vorgenommen und die zweite Lesung der Artikel 1 bis 26 abgeschlossen.

Am 24. und 25. Mai 2010 fand in Baku die 7. Konferenz der für die Gleichstellung von Männern und Frauen verantwortlichen Minister und Ministerinnen des Europarats zum Thema „Schließung der Lücke zwischen de jure und de facto Gleichstellung“ statt. In der Konferenz wurden eine Resolution und ein Aktionsplan als weiterer Schritt auf dem Weg zur de facto Gleichstellung in den Mitgliedstaaten verabschiedet. Dabei spielen u. a. die ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern im politischen öffentlichen Leben, einschließlich der Entscheidungspositionen und die Vereinbarkeit von Familie, Privatleben und Arbeitsleben, die Vermeidung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt gegen Frauen und die Bekämpfung von Mehrfachdiskriminierung eine herausragende Rolle.

5. Kommunal- und Regionalpolitik

Im ersten Halbjahr 2010 hat sich der Lenkungsausschuss für lokale und regionale Demokratie (CDLR) vorwiegend mit der Umsetzung der Beschlüsse der „Konferenz der für lokale und regionale Demokratie zuständigen Minister“ (Kommunalministerkonferenz) in Utrecht 2009 befasst und hierzu für die Jahre 2010 bis 2013 ein Tätigkeitsprogramm verabschiedet. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Unterstützung des CDLR bei der Umsetzung der Vorschläge von GS Jägländ zur Reform des

Europarats und seiner Gremien. Der CDLR forderte den GS auf, die im sog. „Kiviniemi-Bericht“ enthaltenen Reformvorschläge der Kommunalministerkonferenz in sein Vorgehen einzubeziehen. Darüber hinaus nahm er die bisher erreichten Fortschritte bei der Schaffung einer Partnerschaft zwischen der Kommunalministerkonferenz und dem Ministerkomitee zur Kenntnis und fasste den Beschluss, die Modalitäten mit dem Ziel näher zu definieren, detaillierte Regelungen einer Partnerschaft rechtzeitig vor dem Ministertreffen des Europarats im Mai 2011 zu erarbeiten.

Die Abschlusserklärung der Kommunalministerkonferenz sieht u. a. die Überprüfung der Zusammenarbeit mit dem KGRE in vier Bereichen vor („Utrecht reviews“). Als weiteren Aspekt aus der Erklärung von Utrecht biligte der CDLR die Methodik für wechselseitige Prüfungen (Peer Reviews), die als neues Instrument des gegenseitigen Lernens innerhalb des Europarats gefördert werden und künftig eine formelle Anerkennung erhalten sollten. Hierdurch sollen Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, sich mit Partnerländern zu bestimmten Problembereichen auseinander zu setzen und zu beraten.

Zu den im Berichtszeitraum behandelten Themen gehörte auch das in Utrecht gezeichnete „Zusatzprotokoll zur Europäischen Charta der lokalen Selbstverwaltung über das Recht zur Beteiligung an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung“. Eine hierzu beschlossene Stellungnahme des CDLR, nach der die Mitgliedstaaten derzeit kein Interesse an der Entwicklung eines weiteren Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung haben, wurde vom Ministerkomitee gebilligt.

6. Sport (Anti-Doping sowie Sport und Gewalt)

Die dopingpolitischen Aktivitäten in den Sitzungen des Koordinierungsforums für die WADA (CAHAMA) und der beobachtenden Begleitgruppe (Monitoring Group) des Europarats-Übereinkommens gegen Doping sowie der Arbeitsgruppen zu rechtlichen und wissenschaftlichen Fragestellungen waren vor allem geprägt von weiteren Beratungen der Fragen, die Mitte 2009 nach der Änderung des Internationalen Datenschutzstandards (ISPP) der WADA im Zusammenhang mit der Kompatibilität mit europäischem Datenschutzrecht noch offen geblieben waren.

Das Ergebnis der 2009 durchgeführten Evaluierung der Umsetzung des Europarats-Übereinkommens gegen Doping in Deutschland ist von der Monitoring Group im Mai 2010 angenommen worden. Deutschland wird darin eine vollumfängliche Umsetzung der Konventionsbestimmungen bescheinigt.

Der Ständige Ausschuss zum „Europäischen Übereinkommen über Gewalttätigkeit und Fehlverhalten von Zuschauern bei Sportveranstaltungen und insbesondere bei Fußballspielen“ beschäftigte sich auf seiner 30. Sitzung am 27./28. Mai 2010 im Wesentlichen mit der internationalen Konferenz zum Ultras-Phänomen. Ferner wurden u. a. eine

Empfehlung zu Hospitality-Grundsätzen und eine Fan-Charta beschlossen sowie best practices und die Kooperation mit EU, UEFA sowie weiteren Partnern diskutiert.

7. Jugend (CDEJ und CMJ)

Im März 2010 tagte der Jugendlenkungsausschuss des Europarats (CDEJ) im Europäischen Jugendzentrum in Straßburg. Schwerpunkt dieser Sitzung war die Beratung über die nächste Jugendministerkonferenz, die auf Einladung Russlands vom 24. bis 25. September 2012 in St. Petersburg oder Moskau stattfinden soll. Thematisch soll sich die Konferenz mit dem Thema „Jugend im digitalen Zeitalter“ auseinandersetzen.

Ein weiteres Thema war die Befassung mit der Vorlage einer Empfehlung des Ministerrates zur Jugendinformation, die vom Ministerkomitee am 16. Juni 2010 verabschiedet wurde und eine entsprechende Empfehlung aus dem Jahr 1990 aktualisiert und ergänzt. Die Empfehlung wurde in Zusammenarbeit mit der Europäischen Jugendinformations- und Jugendberatungsagentur (ERYICA) erstellt.

Weiterhin beriet der CDEJ über die Veranstaltungsplanung des Europäischen Jugendwerkes.

8. Bildung und Kultur

a) Bildung (CDED, CDESR)

Im Rahmen des neuen Arbeitsprogramms (2010 bis 2014) setzte der Europarat seine projektorientierte Arbeit im Bereich Bildung fort. Schwerpunkte des Arbeitsprogramms sind Projekte zu Demokratie- und Menschenrechtserziehung, das Recht auf Qualität in der Bildung, interkulturelle Bildung, Geschichtsunterricht, Sprachförderung mit Blick auf soziale Eingliederung und die Lehrerfortbildung (Pestalozzi-Programm).

Der ganzheitliche Ansatz im neuen Bildungsprogramm des Europarats wurde auch von der 23. Europäischen Erziehungsministerkonferenz des Europarats am 4./5. Juni 2010 in Brdo (Slowenien) in einer gesonderten Resolution gewürdigt. Die Konferenz zum Thema „Bildung für eine nachhaltig demokratische Gesellschaft: die Rolle der Lehrer“ befasste sich mit der Bedeutung von Bildung und den Herausforderungen, denen sich der Lehrerberuf angesichts einer sich wandelnden Gesellschaft und zunehmender sozialer und kultureller Vielfalt, Migration, demographischen Veränderungen und steigender Armut gegenübersteht. Die Abschlusserklärung der Konferenz zielte daher im Wesentlichen auf eine qualitative Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften in den 47 Mitgliedstaaten und empfiehlt, die Lehrerbildung an die sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen. Im Rahmen der Konferenzergebnisse erfuhr auch die im Rahmen des Lehrerfortbildungsprogramms „Pestalozzi“ seit über 30 Jahren mit Baden-Württemberg bestehende und auch durch das Auswärtige Amt geförderte Zusammenarbeit in Form der Europaseminare (Akademie Bad Wildbad, vormals Donau-

eschingen) eine besondere Würdigung seitens der Bildungsminister des Europarats.

Mit Blick auf interkulturelle Bildung und ihrer Integration in Schulcurricula wird im Zeitraum 2010 bis 2014 mit dem Projekt „Interkulturelle Bildung und Austausch“ ein Orientierungsdokument zur Förderung interkultureller Kompetenzen im Primar- und Sekundarbereich erarbeitet und ein Europarats-Label zu interkultureller Bildung für Schulen entwickelt. Diese Maßnahmen orientieren sich an den im „Weißbuch zum Interkulturellen Dialog“ enthaltenen Empfehlungen für den Bildungsbereich.

Die Charta des Europarats zu Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung wurde von den Außenministern der 47 Mitgliedstaaten in der 120. Sitzung des Ministerkomitees am 11. Mai 2010 als Empfehlung des Europarates angenommen. Die Charta gilt als grundlegendes politisches Orientierungsdokument zur nachhaltigen Förderung der Demokratieerziehung und Menschenrechtsbildung (EDC/HRE). Ausgehend von EDC/HRE als Teil des lebenslangen Lernprozesses beziehen die Handlungsempfehlungen der Charta die formelle und die informelle Bildung ebenso wie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure mit ein.

Der Europarat unterstützte darüber hinaus auch in diesem Berichtszeitraum schulische Maßnahmen der Erinnerung und Auseinandersetzung zum Gedenken an Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie den Bereich des Lehrens und Lernens von Fremdsprachen mit dem Ziel der Förderung einer demokratischen Bürgerschaft und sozialer Inklusion.

Anlässlich seines 15-jährigen Jubiläums im Juni 2010 führte das Europäische Fremdsprachenzentrum in Graz zwei Workshops durch, auf denen die bisherige Arbeit evaluiert und eine künftige Ausrichtung auch auf die Sprachenpolitik gegenüber Migranten und Minderheiten in Europa und damit eine stärkere Verschränkung mit der Sprachensektion des Europarates erörtert wurde.

Das Lehrerfortbildungsprogramm „Pestalozzi“ wird sich gemäß Beschluss des CDED in 2010 künftig noch stärker an den Themen des laufenden Arbeitsprogramms Bildung orientieren und die erfolgreiche Reihe der Europaseminare in Bad Wildbad (Baden-Württemberg) fortsetzen.

b) Kultur (CDCULT)

Neben der Förderung des kulturpolitischen Informationsaustauschs zwischen den Europarats-Mitgliedstaaten durch das Kompendium-Projekt und die „CultureWatch-Europe-Initiative“ stellten die Überarbeitung des Europäischen Übereinkommens über die Gemeinschaftsproduktion von Kinofilmen und die Vorbereitung eines erweiterten Teilabkommens zu den Kulturreiserouten Schwerpunkte der Kulturpolitik des Europarates 2010 dar.

Das Pilotprogramm „interkulturelle Städte“ wurde in Kooperation mit der EU erfolgreich umgesetzt. Aus Deutschland beteiligen sich Berlin-Neukölln sowie die EURO CITIES Städte Bonn und Köln.

Der Lenkungsausschuss für Kultur (CDCULT) wählte auf seiner Sitzung am 6./7. Mai 2010 die bisherige Vize-Vorsitzende, Christine Merkel (Deutschland), zu seiner Vorsitzenden für ein Jahr.

c) Medien (CDMC)

Das Ministerkomitee hat im Berichtszeitraum eine vom Lenkungsausschuss für Medien und neue Kommunikationsdienste (CDMC) erarbeitete Erklärung des Ministerkomitees zur erhöhten Beteiligung der Mitgliedstaaten in Angelegenheiten der Internet-Verwaltung im Rahmen des Regierungsbeirats (GAC) der Zentralstelle für die Vergabe von Internet-Namen und Adressen (ICANN) angenommen. Zentral ist die Aussage, dass auch im Rahmen der öffentlichen Verwaltung des Internets die Menschenrechte und Grundfreiheiten hinreichend zu berücksichtigen sind.

Die Behandlung des Entwurfs zur Novellierung des Europäischen Übereinkommens über das grenzüberschreitende Fernsehen im CDMC ist zum Stillstand gekommen. Der Entwurf sah eine möglichst weitgehende inhaltliche Angleichung des Übereinkommens an die im Dezember 2007 novellierte EG-Fernsehrichtlinie (jetzt Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) vor. Grund für die Unterbrechung der Verhandlungen war ein Schreiben der EU-Justizkommissarin Reding an die Vertragsstaaten, die gleichzeitig EU-Mitgliedstaaten sind, im Oktober 2009,

in dem eine Zeichnung des Änderungsprotokolls allein durch diese Vertragsstaaten als ein Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht angesehen wird. Der CDMC brachte seine Besorgnis über den Abbruch der Verhandlungen zum Ausdruck und ersuchte den Generalsekretär, eine Klärung herbeizuführen.

Im Bereich der geplanten Arbeiten an einem Europarats-Übereinkommen zu Leistungsschutzrechten der Rundfunkveranstalter hat die Europäische Kommission bislang noch nicht mitgeteilt, ob sie in diesem Bereich über ein Verhandlungsmandat verfügt. Daher mussten die inhaltlichen Arbeiten seitens der für diese Arbeiten eingerichteten Ad-hoc-Arbeitsgruppe noch zurückgestellt werden.

Der CDMC kritisierte, dass die Umsetzung des von den verantwortlichen Ministern auf der 1. Europaratskonferenz für Medien und neue Kommunikationsdienste (Mai 2009) beschlossenen Aktionsplans bislang nur wenige Ergebnisse erzielen konnte. Er beschloss die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, um Möglichkeiten eines effektiveren weiteren Vorgehens zu untersuchen.

In Bezug auf die Einhaltung der Vorgaben der Informations- und Meinungsfreiheit aus Artikel 10 EMRK betonte der CDMC außerdem die Notwendigkeit, zügig Ressourcen zur Überwachung der Einhaltung dieser Vorgaben durch die Mitgliedstaaten einzurichten. Ziel ist es, mit Hilfe eines konstruktiven Dialogs die Einhaltung der Meinungs- und Pressefreiheit in Europa zu fördern.

Anlagen**Statistische Angaben zum Bericht der Bundesregierung über die Tätigkeit des Europarats für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2010****Anlage 1****Statistische Angaben**

Das Ministerkomitee trat im Berichtszeitraum einmal, am 11. Mai 2010, zu seiner 120. Sitzung in Straßburg zusammen.

Das Komitee der Ministerbeauftragten traf sich im Berichtszeitraum zu 16 ordentlichen Sitzungen und zu 2 Sitzungen zur Überwachung der Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR.

Dabei wurden im Jahre 2010 insgesamt 26 299 Tagesordnungspunkte behandelt, davon 545 Tagesordnungspunkte innerhalb der ordentlichen Sitzungen und 25 754 Tagesordnungspunkte innerhalb der Sitzungen zur Überwachung der Umsetzung der Rechtsprechung des EGMR (Das Zahlenmaterial zu den Tagesordnungspunkten ist nur jährlich verfügbar).

Anlage 2**Statistische Angaben**

Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, zu denen das Komitee der Ministerbeauftragten im Berichtszeitraum Antworten gegeben hat: siehe hierzu Anhang 1.

Anlage 3**Statistische Angaben**

Deutschland unterzeichnete im Berichtszeitraum kein Übereinkommen.

Das Zusatzprotokoll 14 zur EMRK trat – auch für Deutschland – am 1. Juni 2010 in Kraft.

Informationen zu allen Konventionen und anderen Rechtsinstrumenten des Europarats sind der Webseite des Treaty Office zu entnehmen: <http://conventions.coe.int/Treaty/GER/v3DefaultGER.asp>

Anlage 4**Statistische Angaben**

In der ersten Jahreshälfte von 2010 beantwortete das Komitee der Ministerbeauftragten 12 Empfehlungen des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas. Der Einfachheit halber ist die Gesamtliste für das Jahr 2010 als Anhang 2 beige-fügt.

Die angenommenen Texte sind unter folgendem Pfad im Internet zu erreichen: www.coe.int/t/congress/texts/recommendations_en.asp?mytabsmenu=6.

Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

PA RECOMMENDATIONS REPLIES ADOPTED

Replies to Parliamentary Assembly Recommendations
Work schedule

No	ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action	
1849	For the promotion of a culture of democracy and human rights through teacher education	KA	April 2009	1038/3.1 15/10/08	CDED CDESR CDEJ 31/12/2008	-	-	GR-C	GR-C 08/12/2009 1074/7.1 13/01/2010	ADOPTED	
1850	Europe's "boat-people": mixed migration flows by sea into southern Europe	KA/ UFJ	June 2009	1044/3.1 10/12/08	CPT CDMG CDDH CDCJ 15/03/2009	-	-	GR-SOC	GR-SOC 04/12/2009 GR-SOC 19/01/2010 GR-H 23/03/2010 1081/6.1 31/03/2010	Postponed to next meeting. Informal GR-SOC to be convened to discuss revised text. Then the draft can go to the GR-H for examination. ADOPTED	
1855	The regulation of audiovisual media services	UFJ	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDMC TC-Y 15/04/2009	-	agreed to bring it to the attention of the T-TT asking it to provide information of follow-up given to it when submitting an amending protocol to the European Convention on Transfrontier Television	GR-H	GR-H 03/11/2009 1070/5.1 18/11/2009 GR-H 23/03/2010 1081/5.1 31/03/2010	Postponed. ADOPTED	
1858	Private military and security firms and the erosion of the state monopoly on the use of force	UFJ	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDDH CDPC 15/04/2009	Ven Comm.	-	GR-J	GR-J 08/09/2009 GR-J 06/10/2009	The Group agreed to ask the Deputies to invite the CDPC, the CDDH and the CAHDI to study the suggestions made by the Venice Commission in its report. It also instructed the Secretariat to prepare a draft reply reflecting that	

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1859	Attitude to memorials exposed to different historical interpretations in Council of Europe member states	FAP	Aug 2009	1048/3.1 11/02/09	CDPATEP CDED 31/05/2009	-	-	GR-C	GR-C 02/02/2010 1077/7.1 24/02/2010 GR-C 16/03/2010 1080/7.2 24/03/2010	Postponed to the next meeting. Postponed. ADOPTED
1865	The protection of human rights in emergency situations	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDDH CAHDI 30/09/2009	-	-	GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.2 31/03/2010	ADOPTED
1866	The situation of human rights defenders in Council of Europe member states	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDDH 30/09/2009	-	-	GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.4 31/03/2010	ADOPTED
1868	Action to combat gender-based human rights violations, including abduction of women and girls	UFJ	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	CDEG CDDH Ad hoc Comm on preventing and combating violence Executive Council of North-South 30/09/2009	-	-	TC-ET, in co-op with GR-H	GR-H 23/03/2010 1081/4.6 31/03/2010	ADOPTED
1869	The humanitarian consequences of the war between Georgia and	DB/ CP	Nov 2009	1057/3.1 20/05/09	-	-	agreed to examine this	-	1057/2.1 20/05/2009	The Deputies instructed the Secretariat to prepare draft

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION			INITIAL EXAMINATION					FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1871	Russia: follow-up given to Resolution 1648 (2009) Ban on cluster munitions	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CAHDI 30/09/2009	CDDH	text in the framework of item 2.1 of their agenda "The Council of Europe and the conflict in Georgia"	GR-J	1075/2.1 20/01/2010 1076/2.1 3+4/02/2010 GR-J 23/02/10 1079/10.5 10/03/10 GR-J 13/04/10 1083/10.2 21/04/10 GR-J 20/05/10 GR-J 01/07/10	No decision ADOPTED Postponed to next meeting. Postponed. No agreement. Return to issue at next meeting. Postponed. Resume consideration at the next meeting As all delegations except one could accept the last compromise proposal, the draft would be transmitted to the Deputies for adoption as contained in document CM/AS(2010)Rec1871 prov3. The delegation that had not been able to accept the compromise text for paragraph 2 informed the Group that it would ask for a footnote to be added to the draft reply indicating that it had been adopted by a majority as provided by Article 20 (d) of the Statute. ADOPTED
1872	The rights of today's girls: the rights of tomorrow's women	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CDEG CDPC CDED 30/09/2009	CAH/IO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	1090/10.7 07/07/10 GR-H 10/12/2009 1074/4.3	ADOPTED ADOPTED

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1873	Sexual violence against women in armed conflict	UFJ	Dec 2009	1060/3.1 10/06/09	CDEG CDPC 30/09/2009	CAHVIO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	GR-H 10/12/2009 1074/4.3 13/01/2010	ADOPTED
1874	Situation in Belarus	DB/ CP	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 10/12/2009 1074/2.4 13/01/2010	ADOPTED
1876	The state of human rights in Europe: the need to eradicate impunity	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDDH ECRI CPT 31/10/2009	CAHVIO	-	GR-H	GR-H 15/04/2010 1083/4.3 21/04/2010	ADOPTED
1878	The funding of public service broadcasting	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDMC 31/10/2009	-	-	GR-H	GR-H 15/04/2010 1083/5.1 21/04/2010	ADOPTED
1879	Renewable energies and the environment	KA	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CEMAT 31/10/2009	-	-	GR-C	GR-C 16/03/2010 1080/9.1 24/03/2010	ADOPTED
1880	History teaching in conflict and post-conflict areas	FAP	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDED CDESR CDCULT CDEJ North-South 31/10/2009	-	-	GR-C	GR-C 16/03/2010 1080/7.1 24/03/2010	ADOPTED
1881	The urgent need to combat so-called "honour crimes"	UFJ	Jan 2010	1063/3.1 08/07/09	CDPC CDEG CDDH 31/10/2009	CAHVIO	-	GR-H, in co-op with TC-ET	GR-H 23/03/2010 1081/4.6 31/03/2010	ADOPTED
1882	The promotion of internet and online media services appropriate for minors	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDMC CDED T-CY 31/12/2009	-	-	GR-H, in co-op with TC-ENF	GR-H 15/06/2010 1088/5.1 16/06/2010	ADOPTED
1883	The challenges posed by climate change	KA	April 2010	1068/3.1 21/10/09	Bern Convention CEMAT EUR-OPA CDMG	Congress	-	GR-C	GR-H 18/05/2010 GR-C 08/06/2010	Joint reply with 1885

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION	
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Action
1884	Cultural education: the promotion of cultural knowledge, creativity and intercultural understanding through education	FAP	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDDH 31/12/2009 CDCULT CDED CDPATEP CDESR CDMC 31/12/2009	Congress	-	GR-C	ADOPTED ADOPTED
1885	Drafting an additional protocol to the European Convention on Human Rights concerning the right to a healthy environment	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	-	Bern Convention CDDH CDPATEP CEMAT	-	GR-H	Joint reply with 1883 ADOPTED
1886	The future of the Council of Europe in the light of its 60 years of experience	AS	April 2010	1068/3.1 21/10/09	-	Congress	-	GT- REF.INST in co-op with GR-PBA, GR-DEM + GR-J	Meeting postponed. New meeting date to be scheduled. The Chair invited the Secretariat to prepare a draft reply to the Recommendation in the light of the views expressed today bearing in mind that some of the suggested measures will be examined by other subordinate bodies such as the GR-DEM, GR-J and GR-PBA, and/or addressed by the Secretary General in his report to be presented to both organs before October 2010 on measures to further improve dialogue and cooperation between the two organs. Revised text to be issued for written consultation with a view to transmitting to Deputies for adoption

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1887	Rape of women, including marital rape	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CDEG CDPC CDCJ 31/12/2009	CAHVIO	-	TC-ET	1090/1.7 07/07/10	without further debate. ADOPTED
1888	Towards a new ocean governance	UFJ	April 2010	1068/3.1 21/10/09	CAHDI 31/03/2009	CEMAT Bern Convention EUR-OPA	-	GR-J	GR-J 01/07/10 1090/10.5 07/07/10	Transmit to Deputies without further debate. ADOPTED
1889	Improving the quality and consistency of asylum decisions in the Council of Europe member states	UFJ	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDCJ CDMG MG-S-ROM 15/03/2010	-	-	GR-J	GR-J 01/07/10 GR-J 30/09/2010 1095/10.6 13/10/2010	Resume consideration at next meeting. Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1890	Engaging European diasporas: the need for governmental and intergovernmental responses	KA	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDMG CDCJ 15/03/2010	-	-	GR-SOC	GR-SOC 21/09/2010	Compromise text proposed for written procedure and adoption without debate ADOPTED
1891	Migrant women: at particular risk from domestic violence	UFJ	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDMG CDEG CDPC CDCJ North-South 15/03/2010	CAHVIO	-	TC-ET, in co-op with GR-H	1094/6.3 29/09/2010 GR-H 21/09/2010 1094/4.1 29/09/2010	Transmit to Deputies without further debate. ADOPTED
1892	The contribution of the Council of Europe in the development of the European Higher Education Area	FAP	June 2010	1073/3.1 09/12/09	CDESR ESCR Gov Comm of European Social Charter 05/04/2010	-	-	GR-C	GR-C 09/09/2010 1091/7.1 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1894	The functioning of democratic institutions in Bosnia and Herzegovina	DB/ CP	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 09/03/2010 1080/2.3 24/03/2010	ADOPTED
1895	Action against trafficking in human beings: promoting the	UFJ	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	GRETA 15/04/2010	-	-	TC-ET in co-op with	GR-EXT 09/09/2010	Submit for adoption without further debate.

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1896	Council of Europe convention Judicial corruption	UFJ	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	CDCJ CDPC CCPE CCJE GRECO 15/04/2010	CEPEJ	-	GR-J	1091/4.3 16/09/2010 GR-J 16/11/2010 1101/10.5 08/12/2010	ADOPTED Transmit to Deputies without further debate ADOPTED
1898	Thresholds and other features of electoral systems which have an impact on representativity of parliaments in Council of Europe member states	DB	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	Ven Comm 15/04/2010	-	-	GR-DEM	GR-DEM 07/09/2010 1091/2.4 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1899	Increasing women's representation in politics through the electoral system	DB	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	CDEG Ven Comm 15/04/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-DEM	ADOPTED 1091/2.5 16/09/2010	Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1900	The detention of asylum seekers and irregular migrants in Europe	UFJ	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	CDCJ CDDH CPT CDMG 15/04/2010	HR Commissioner	-	GR-H	GR-H 30/09/2010 1095/5.1 13/10/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1902	The functioning of democratic institutions in Albania	CP/ DB	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	-	-	-	GR-DEM	GR-DEM 25/03/2010 GR-DEM 20/04/2010 GR-DEM	The Chair noted that there was an agreement within the Group that, at this stage, the CMs' involvement would not add anything significant to the efforts already made but that the Group should continue to monitor developments. In this connection, she suggested inviting the co-rapporteurs of the Assembly (Monitoring Committee) to an exchange of views with the Group. The Secretariat would prepare a draft reply along these lines for consideration by the Group at its next meeting. At the close of the discussion, the Group instructed the Secretariat to revise the draft reply accordingly so that it could be considered again at the next meeting. Unless any delegation

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1903	Fifteen years since the International Conference on Population and Development Programme of Action	KA	Aug 2010	1077/3.1 24/02/10	CDSP CDCS CDED CDDH CDEG CDMG ECSR Gov Comm of the European Social Charter 15/04/2010	CAHVIO	-	GR-SOC	GR-DEM 29/06/2010 1090/2.4 07/07/10 GR-SOC 21/09/2010 1094/6.4 29/09/2010	Interim reply adopted Submit for adoption without further debate. ADOPTED
1906	Rethinking creative rights for the Internet age	UFJ	Sept 2010	1080/3.1b 24/03/10	CDCJ CDMC 30/06/2010	-	-	GR-J	GR-J 16/11/2010 1101/10.6 08/12/2010	Transmit to Deputies without further debate ADOPTED
1907	The wage gap between women and men	UFJ	Sept 2010	1080/3.1b 24/03/10	CDEG Gov Comm of the European Social Charter ECSR 30/06/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-H	GR-H 30/09/2010 1095/4.2 13/10/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1908	Lobbying in a democratic society (European Code of conduct on lobbying)	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	Ven Comm GRECO INGOs 15/09/2010	-	-	GR-DEM	GR-DEM 09/11/2010 1098/2.3 17/11/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED
1909	Associating women in the prevention and the solution of unsolved conflicts in Europe	UFJ	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDEG 15/09/2010	-	-	TC-ET in co-op with GR-H	GR-H 02/11/2010	Not examined – lack of time

noch Anhang 1
(zu Anlage 2)

09/12/2010

ASSEMBLY RECOMMENDATION				INITIAL EXAMINATION				FURTHER EXAMINATION		
No	Title	Adm	Due	Meeting	Info/comment	Info only	Other	Group	Meeting	Action
1911	Women and the economic and financial crisis	UFJ	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDCS ECSR Gov Comm of the European Social Charter CDEG 15/09/2010	-	-	GR-H	GR-H 02/11/2010 1097/4.5 10/11/2010 1101/4.3 08/12/2010	Not examined – lack of time Postponed ADOPTED
1912	Investing in family cohesion as a development factor in times of crisis	KA	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	CDCJ CDCS CDSP CDEG 15/09/2010	-	-	GR-SOC	GR-SOC 16/11/2010 1101/6.2 08/12/2010	Transmit to Deputies without further debate ADOPTED
1914	The urgent need for a constitutional reform in Bosnia and Herzegovina	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	-	Van Comm	-	GR-DEM	GR-DEM 07/09/2010 1091/2.6 16/09/2010	Submit revised text for adoption without further debate. ADOPTED
1918	Biodiversity and climate change	FAP	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	Bern Convention 15/09/2010	CDPATEP	-	GR-C	GR-C 25/11/2010 1101/9.1 08/12/2010	Transmit text to Deputies without further debate ADOPTED
1919	Euro-Mediterranean region: call for a Council of Europe strategy	DB	Nov 2010	1085/3.2 26/05/10	North-South 15/09/2010	-	-	GR-EXT	GR-EXT 02/11/2010 1097/2.4 10/11/2010	Transmit to Deputies for adoption without debate. ADOPTED

Anhang 2
(zu Anlage 4)

Committee of Ministers – Replies to Congress Recommendations – Updated 17/11/2010

REPLIES TO CONGRESS RECOMMENDATIONS 2010

Adopted recommendations

	Recommendation	Title	First consideration	Meeting/Date of adoption of reply
1.	Recommendation 259 (2009)	"Public water and sewer services for sustainable development"	1052/25.03.2009	1074 13.01.2010
2.	Recommendation 262 (2009)	"Equality and diversity in local authority employment and service provision"	1052/25.03.2009	1076 03.03.2010
3.	Recommendation 250 (2008) Joint reply with 261	"The need for regional cultural identity"	1030/18.06.2008	1077 24.02.2010
4.	Recommendation 261 (2009) Joint reply with 250	"Intercultural cities"	1052/25.03.2009	1077 24.02.2010
5.	Recommendation 267 (2009)	"Congress resources and its 2010 budget"	1052/25.03.2009	1077 24.02.2010
6.	Recommendation 263 (2009) Joint reply with 274	"The digital divide and e-inclusion in the regions"	1052/25.03.2009	1082 14.04.2010
7.	Recommendation 274 (2009) Joint reply with 263	"E-democracy: opportunities and risks for local authorities"	1069/04.11.2009	1082 14.04.2010
11.	Recommendation 271 (2009) Joint reply with 281	"The global challenge of climate change: Local responses"	1069/04.11.2009	1088 16.06.2010
12.	Recommendation 275 (2009)	"Creative cities – managing the cultural activity of cities"	1069/04.11.2009	1088 16.06.2010
13.	Recommendation 281 (2010) Joint reply 271	"After Copenhagen, cities and regions take up the challenge"	1081/31.03.2010	1088 16.06.2010
14.	Recommendation 246 (2008)	"Social approach to the fight against racism at local and regional level"	1030/18.06.2008	1089 30.06.2010
15.	Recommendation 279 (2009)	"Over indebtedness of households: the responsibility of regions"	1069/04.11.2009	1089 30.06.2010

noch Anhang 2
(zu Anlage 4)

Committee of Ministers – Replies to Congress Recommendations – Updated 17/11/2010

17.	Recommendation 228 (2007)	"Draft Additional Protocol to the European Charter of Local Self-Government"	1014/12.12.2007 Comments by 30.06.2008 from CDLR	1091 16.09.2010
18.	Recommendation 270 (2009)	« ransfrontier co-operation in Europe » <i>Coopération transfrontalière en Europe</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010
19.	Recommendation 273 (2009)	"Equal access to local and regional elections" <i>L'égalité d'accès aux élections locales et régionales</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010
20.	Recommendation 276 (2009)	"Improving indoor air quality: a new challenge for local authorities" <i>L'amélioration de la qualité de l'air intérieur : un nouvel enjeu pour les collectivités locales</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR, GDSP and GEMAT	1091 16.09.2010
21.	Recommendation 278 (2009)	"Regions with legislative powers: towards multi-level governance" <i>Les régions à pouvoirs législatifs : vers une gouvernance à multi niveaux</i>	1069/04.11.2009 Comments by 15 February 2010 CDLR	1091 16.09.2010

